



## Haushaltsrede 2015

---

Herbert Goldmann

(es gilt das gesprochene Wort)

**Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

*„Was mir wirklich Sorge macht, ist die Kluft zwischen dem Ausmaß unserer Probleme und den kläglichen Resultaten unserer Politik ..... unsere chronische Vermeidung schwerer Entscheidungen, unsere offenkundige Unfähigkeit, einen belastbaren Konsens zur Lösung auch nur eines der großen Probleme zu finden..... die Diskrepanz zwischen der Politik, die wir haben, und der Politik, die wir brauchen“*

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die Worte, die ich gerade zitiert habe, sind nicht von mir, sondern sie stammen von Barack Obama, aus seinem Buch „ Hoffnung wagen“, aber, ich muss es gestehen, sie sprechen mir aus dem Herzen und geben – wenn auch auf einer anderen Ebene – das Bild und den Zustand vor Ort wieder – unsere Ohnmacht, trotz drückender Finanz – und gesellschaftlicher Probleme gemeinsam nach Lösungen zu suchen, die für den Kreis Unna eigentlich unverzichtbar sein sollten und die wir den hier lebenden Menschen schulden.

Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Schulabbrüche und selbst so etwas Unpolitisches wie Einsamkeit finden wir an jeder Ecke im Kreis.

Und die Liste der bestehenden Defizite kann beliebig erweitert werden.

Zur finanziellen Situation der öffentlichen Hände bundes – und landesweit, der Kreise und Kommunen lesen wir jeden Tag – und die Situation vor Ort hat der Kämmerer bei seiner Einbringungsrede des HH doch eindrucksvoll beschrieben.

## Wo stehen wir?

Wir haben eine Bundesregierung, die auf der Grundlage desaströser Kommunal Finanzen den Kommunen im Rahmen des Wahlkampfes und der Koalitionsvereinbarung eine Wiedereingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. jährlich verspricht und sich nicht zu schade ist, sich nach der Wahl auf einen Auszahlungstermin in 2018 zu verständigen, wo diese Regierung schon nicht mehr im Amt ist.

## Was machen wir?

Wir reden über die Chancen der „kommunalen Familie“ – über den Schulterschuß von kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis.

## Doch wie sieht die Realität aus?

Fakt ist:

Einige der kreisangehörigen Kommunen mißbrauchen ihre Beteiligung und ihr Mitwirken an der kreisweit aufgestellten **Wirtschaftsförderungsgesellschaft** um letztendlich doch nur ihre kommunalpolitischen Vorstellungen durchzusetzen.

Die Stadt Bergkamen kündigt die Vereinbarung über die Beteiligung der Kommunen am **Sozialhilfeaufwand** des Kreises; die Zahllast der Kreisumlage steigt damit um weitere 2,1 Mio.

Die Stadt Unna kürzt ihren Zuschuß an die **Werkstatt Unna** um 250.000 € - wirtschaftlich darstellbar, aber ein fatales gesellschaftliches Signal, nicht nur für die Werkstatt, sondern für alle Projekte und insbesondere die jungen Menschen, die hiervon betroffen sind.

Mit dem **Solebad Werne** wird eine städtische Einrichtung vor die Wand gefahren und die Mitarbeiter/Innen in die Kündigung geschickt, nur weil sie ein tarifliches Entgelt einfordern, bei Kosten von 1.5 Mio € allein für die Abwicklung.

Ich will an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich mir hierzu eine deutliche Aussage des Landrates und der beiden großen Kreistagsfraktionen gewünscht hätte.

Sollte nicht sein.

Und doch sind es die gleichen Menschen in Verwaltungen und Politik, die der Öffentlichkeit ihre Visionen von fairen Mindest-Löhnen, Sozialleistungen, staatlicher Fürsorge und einem steigenden Lebensstandard vorgaukeln.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

erlauben Sie mir eine persönliche Einschätzung:

Die sog. „**kommunale Zusammenarbeit im Kreis**“ ist nach wie vor bestenfalls „Stückwerk“ trotz aller gegenteiligen Beteuerungen - und die Auswirkungen vieler Entscheidungen sind keinesfalls hinreichend bedacht.

Oder glauben Sie wirklich, dass Banken zukünftig der öffentlichen Hand zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen werden, wenn diese ihre Gesellschaften wie mit dem Solebad in Werne in die Insolvenz treiben?

Wir müssen uns die Konsequenzen unserer Entscheidungen bewusster machen, das möchte ich weniger als Kritik zu verstehen wissen, es ist vielmehr Ausdruck der gewonnenen Erkenntnis einige Dinge zukünftig anders anpacken zu müssen.

Den Bemühungen des Kämmerers Dr. Wilk, den **Haushalt unter aufgabenkritischer Betrachtung** ohne Tabus zu stellen, bringen wir als Grüne höchsten Respekt entgegen.

Die Darstellung der finanziellen Situation des Kreises und seiner kreisangehörigen Kommunen, die Aufbereitung der Haushaltsdaten, das Aufzeigen von Abhängigkeiten objektiver Faktoren wie dem Aufwand der Soziallasten für den Kreishaushalt sind umfassend, transparent und von einem selten erlebten Mut getragen.

Keine, der sonst üblichen Spiele bei HH-Beratungen auf kommunaler Ebene.

Die Irritationen im Hintergrund sind mir jedoch nicht verborgen geblieben.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Natürlich stimmen wir nicht in allem überein.

Entscheidungen, ob die **Verhandlungen mit Brabant** beendet werden, was mit **Cappenberg, Opherdicke oder dem Umweltzentrum** wird, sind und bleiben zuerst einmal politische Entscheidungen und keine originären der Verwaltungspitze.

Der Haushaltsplan spiegelt nun mal die politische Handlungsfähigkeit und Handlungswilligkeit der Politik wider; sollte er zu mindestens.

Ich will ja nicht verhehlen, dass es manchmal einfacher ist, wenn man sich hinter unangenehmen Vorschlägen „verstecken“ kann.

Da aber die Vorschläge des Kämmerers ernst gemeint sind, danke ich dafür ausdrücklich.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

wenn der Kreistag seine Rolle nicht erkennt und ausfüllt, ist er verzichtbar; das sollte uns allen klar sein - dann wird mittelfristig auch der Kreis als selbstständige Gebietskörperschaft verzichtbar.

### **Zu den HH-Beratungen:**

Die Unfähigkeit einer politischen Mehrheit im letzten Kreistag, sich selbst zu hinterfragen, ihren Konsolidierungsbeitrag zu leisten ist Ausdruck tiefgreifender Ignoranz der aktuellen Finanzsituation des Kreises.

**Verkleinerung des Kreistages** und andere Vorschläge meiner Fraktion, alles kein Thema – wir machen weiter wie bisher.

**Interkommunale Zusammenarbeit** – ich habe es angesprochen; hat auf Kreisebene eher Alibi-Charakter, trotz einiger positiver Beispiele auf Bemühen des Landrates und der Verwaltung in der Vergangenheit.

Lokale Grenzen überwinden, kooperative Planungsprozesse, Aufgabenkritik, Standards hinterfragen,

– alles schon mal gehört, auch durch den Kämmerer vor wenigen Wochen,

- aber anwenden? Können doch die andern machen.

Fast alle Anträge, über die wir heute beraten, spiegeln diesen Anspruch nicht wieder. Jetzt werden Sie sich vielleicht denken, wie kann es denn gehen?

Wir sind mal gut gestartet – ZukunftsdialoG Kreis Unna hieß es damals; heute „**Kreis Unna im Wandel**“.

Beteiligung der Politik bislang eher dürftig.

## Wie könnte eine Strategie für den Kreis Unna aussehen?

- **systematische Erfassung aller kommunalen und privaten Angebote auf allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern wie beispielhaft Sport, Bildung, Soziales, Einrichtungen wie Bauhöfe nach Alter, Nutzungsgrad, Nachfrageentwicklung und all das, was zu einer objektiven Entscheidung notwendig ist.**
- **In einem zweiten Schritt werden die Bedarfe ermittelt im Rahmen einer gesamtkommunalen Sportentwicklungsplanung, Bildungsperspektiven, Versorgungseinheiten unter Berücksichtigung des demographischen Wandels, Erfassung von Pendlerströmen, Zuwanderern und deren Potentialen.**
- **Und dann setzen wir als kommunale Familie gemeinsam Prioritäten, heben Synergien, setzen uns kleiner, wo es möglich erscheint – stemmen gemeinsam neue, zukünftige Aufgaben.**

Das klingt gewaltig, ist es aber nicht, wenn wir es nur wollten.

Wollen wir aber nicht. Das Gewinnen von Auseinandersetzungen ist vielen scheinbar wichtiger als die Lösung von Problemen.

**Personalauswahlentscheidungen** - wie aktuell - werden durch parteiliche Voten vorgegeben oder mindestens beeinflusst.

Und wenn man dann auch noch den Grünen etwas Geld für die Geschäftsführung wegnimmt und Ihnen die Stelle einer stellvertretenden Landrätin streicht, dann ist das ja auch greifbarer und erfolgreicher, als sich um **fehlende Bildungsperspektiven für Jugendliche, Altersarmut und eine Willkommenskultur für Flüchtlinge** kümmern zu müssen.

Die grüne Fraktion wird heute den CDU-Antrag auf sozialverträgliche Entflechtung in Bezug auf die **Philharmonie** mittragen – wir, die sich immer für den Erhalt der drei Kultursäulen des Kreises ausgesprochen haben.

**Sie können mir glauben, dass fällt uns nicht leicht!**

Wir verstehen dies jedoch als **notwendiges politisches Signal** insbesondere an die kreisangehörigen Kommunen und dem Umstand geschuldet, einen finanziellen Spielraum für unverzichtbare soziale Maßnahmen und Einrichtungen spätestens ab 2024 gewinnen zu müssen.

Wir werden heute viele Vorschläge der Verwaltung mittragen, nicht alle, wie die **Privatisierung der Reinigungsleistungen**; die Argumentation der Verwaltung ist aus unserer Sicht nicht überzeugend.

Ausgesprochen dankbar bin ich dem Land dafür, dass es für die Aufrechterhaltung der **Schulsozialarbeit** nun doch über ein Zeitfenster von drei Jahren 144 Mio. in die Hand nimmt, das war wirklich nicht einfach.

Die SPD und auch andere Fraktionen haben für die HH-Beratungen heute einige gute Anträge eingebracht - zweifelsfrei -, aber dem Anspruch, dass sich der Kreis „kleiner“ setzen muss, Standards und Aufgaben kritisch zu hinterfragen, diesem Anspruch werden diese Anträge nicht ansatzweise gerecht – und das erfüllt mich mit großer Sorge; eine Unterstützung für den Kurs des Kreiskämmerers sieht aus meiner Sicht anders aus.

Der Deckungsvorschlag der SPD über eine mögliche **Einsparung von 1 Mio. bei den KdU** ist nur dem Prinzip Hoffnung geschuldet und ich hoffe, dass dieser bei den gleich stattfindenden Beratungen der Änderungsanträge keine Mehrheit bekommen wird.

Es ist wohl das erste Mal, dass sich eine Fraktion über eine dezidierte Veranschlagung eines maßgeblichen HH-Ansatzes durch eine gesetzte Zahl hinwegsetzen möchte; ich halte das in der Sache für falsch und haushaltsrechtlich schlichtweg für unzulässig.

Und von solchen Entscheidungen werden die Grünen heute ihre Zustimmung oder Ablehnung des HH abhängig machen.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

ich möchte für die Grüne Fraktion nochmals einen **ergebnisoffenen ideologiefreien Dialog** anbieten, um den **Kreis zukunftssicher und nachhaltig aufzustellen – mit der Verwaltung und den ka Kommunen.**

Es wäre schön, wenn wir dies gemeinsam hinbekommen würden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und der Verwaltung für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und wünsche Ihnen allen nach den unruhigen HH-Beratungen ein ruhiges Weihnachtsfest.



Fraktionsvorsitzender